

Jede Stimme zählt!

Nur noch fünf Wochen, dann finden vom 5. bis 8. Mai die Personalratswahlen statt. Dabei kommt es auf jede Stimme an. Denn auch bei der Polizei wird den Beschäftigten nichts geschenkt. Die Verbesserungen, die es in den letzten Jahren bei der Polizei gegeben hat, sind nicht vom Himmel gefallen, sondern sie sind das Ergebnis harter Arbeit. Von den Mitgliedern der GdP im Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) und in den Personalräten in den Polizeibehörden vor Ort.



Etwas zum Besseren verändern kann nur jemand, der weiß, wofür er steht. Deshalb treten die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP mit einem umfangreichen Arbeitsprogramm an. Von der Forderung nach einer nachhaltigen Reduzierung der Arbeitszeit bis zur Durchsetzung von besseren Aufstiegsmöglichkeiten. Von der Erhöhung der Zulagen bis zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Deshalb kommen die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP aus allen Arbeitsbereichen und Direktionen. Von der Direktion K bis zu ZA. Von den jungen Kommissaranwärterinnen und -anwärtern bis zu den Tarifbeschäftigten. Denn wir sind für alle da! Das gilt nicht nur für die Kandidatinnen und Kandidaten für den PHPR, sondern auch für den örtlichen Personalrat in den 47 Kreispolizeibehörden, in den drei Landesoberbehörden und in der Deutschen Hochschule der Polizei.

Damit jeder Wähler weiß, für welche Ziele und Themen sich die GdP in den nächsten vier Jahren starkmachen wird, haben wir auf unserer Homepage eine eigene Seite zu den Personalratswahlen eingestellt. Dort werden auch die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der GdP für den PHPR vorgestellt.

In mehreren Ausgaben der Aktionszeitschrift Akut werden zudem die Ziele der GdP für die Arbeit der Personalräte im Detail vor-

gestellt. Alle Ausgaben gibt es bei den Kreisgruppen vor Ort oder zum Download unter: www.gdp-nrw.de. ■



Infos zu den Zielen und den Kandidatinnen und Kandidaten für den örtlichen Personalrat gibt es zudem auf den Kreisgruppenseiten der GdP:
<https://gdpnrw.de/KREISGRUPPEN-NAME/>



Mehr auf unserer Homepage

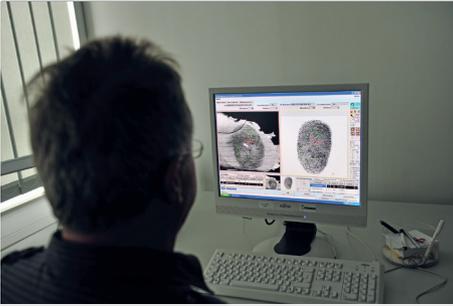


„Wir lassen uns nicht spalten. Die GdP vertritt alle Beschäftigten.“

Jutta Jakobs,
Spitzenkandidatin für den Tarifbereich

„Mit uns wird es kein Zurück zur dreigeteilten Laufbahn geben.“

Markus Robert,
Spitzenkandidat für den Beamtenbereich



Bei der Digitalisierung geht es um viel mehr als um die Einführung einer neuen Technik. Die Digitalisierung muss für eine nachhaltige Arbeitsentlastung genutzt werden!



Gutes Personal lässt sich nur durch gute Arbeitsbedingungen gewinnen. Deshalb brauchen wir in allen Arbeitsbereichen attraktive Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven!



Gute Arbeit muss gut bezahlt werden! Bei Zulagen und Eingruppierung gibt es massiven Nachholbedarf!

Dafür setzen wir uns ein

Reden kann jeder. Den Kandidatinnen und Kandidaten der GdP für die Personalratswahlen ist das zu wenig. Sie wollen etwas bewegen. Damit die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung bei der Polizei besser werden!



Arbeit und Freizeit müssen wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden. 35 Stunden sind genug!



Der Gesundheitsschutz muss deutlich verbessert werden – von der Körperschutzausstattung bis zum höhenverstellbaren Schreibtisch.



Liste 2 wählen!

Bei den Personalratswahlen vom 5. bis 8. Mai hat jeder zwei Stimmen. Eine Stimme für den Personalrat in der eigenen Polizeibehörde vor Ort und eine für den Hauptpersonalrat der Polizei, den PHPR. Beide sind wichtig, denn über viele Probleme wird vor Ort entschieden. Über Beförderungen und Versetzungen, über die Ausstattung der Kommissariate und Wachen, über die Dienstpläne und die Einrichtung von Telearbeitsplätzen und über das behördliche Gesundheitsmanagement. Wer vor Ort keinen Personalrat mit Mumm in den Knochen hat, der Vorgesetzten und Dienststellenleitern gegenüber auch schon mal Nein sagen kann, hat schlechte Karten. Denn Konflikte mit Vorgesetzten und der Ausgleich zwischen unterschiedlichen, manchmal auch einander widerstrebenden Interessen gehören zum Alltag bei der Polizei.

Deshalb hat die GdP für die Personalratswahlen Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die nicht nur eine hohe fachliche Kompetenz mitbringen, sondern die auch widersprechen, wenn ein Behördenleiter oder Vorgesetzter etwas fordert, was aus Sicht der Betroffenen nicht in Ordnung ist. Und die dafür sorgen, dass bei den tiefgreifenden Veränderungen, die in den nächsten Jahren auf die Polizei zukommen, niemand zurückgelassen wird! Das gilt nicht nur für die Kandidatinnen und Kandidaten für den Personalrat vor Ort, sondern auch für den PHPR. Auch im PHPR brauchen die Beschäftigten bei der Polizei starke Personalräte. Personalräte, die wirklich was bewegen, wenn es um die großen Linien geht. Um die Erhöhung der Einstellungszahlen, um die generelle Arbeitszeitgestaltung, um die Ausrüstung und den Arbeitsschutz und die Sanierung der maroden Wachen. Deshalb gilt: Mit beiden Stimmen Liste 2: GdP wählen! Mit der Stimme für den örtlichen Personalrat und für den PHPR!

Michael Maatz,
stellvertretender Landesvorsitzender



458 Verkehrstote in NRW – bei mehr Kontrollen wären es deutlich weniger

Bereits in den Neunzigerjahren haben sich Verkehrspolitiker in ganz Europa zur Vision Zero bekannt – dem Ziel, dass kein Mensch mehr im Straßenverkehr sein Leben lassen muss. Dreißig Jahre später sind wir von diesem Ziel immer noch weit entfernt, wie die Ende Februar von Innenminister Herbert Reul (CDU) veröffentlichte Verkehrsunfallstatistik für 2019 zeigt.

Danach haben im vergangenen Jahr 458 Menschen bei Verkehrsunfällen in NRW ihr Leben verloren. Das sind zwar 32 Tote weniger als im Jahr zuvor, aber nach dem Stand der Technik müssten es eigentlich viel weniger sein. Denn gestorben wird in den meisten Autos nicht mehr. Auch bei der Zahl der Verletzten und der Schwerverletzten hat sich in den letzten Jahren kaum etwas getan. Gegenüber dem Jahr 2010 ist sie sogar gestiegen.

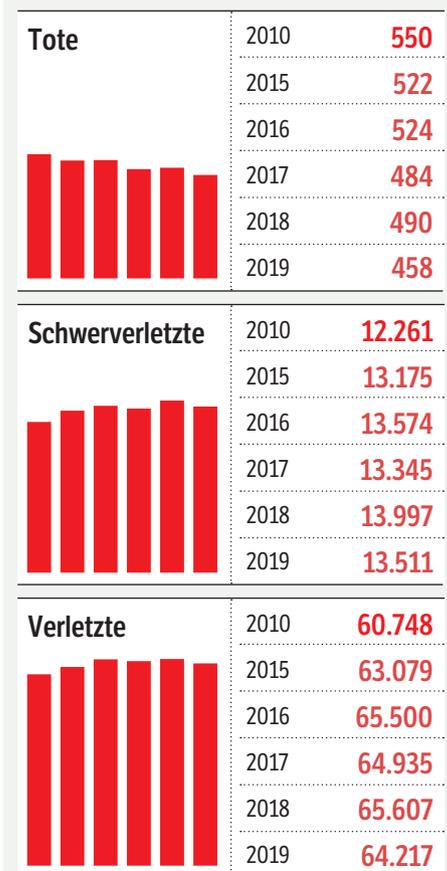
Verantwortlich für den Anstieg bei den Opfern ist zu einem erheblichen Teil der deutliche Rückgang der Verkehrskontrollen

der Polizei. „Wer früher auf einem Schützenfest oder in einer Disco Alkohol getrunken hat, musste damit rechnen, dass er in eine Kontrolle gerät. Das gibt es heute so gut wie nicht mehr“, kritisiert der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Heiko Müller die negative Entwicklung. „Auch das Risiko, als Raser und Drängler aus dem Verkehr gezogen zu werden, ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, weil wir dafür immer weniger Personal bereitstellen“, stellt Müller fest.

Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei der technischen Ausstattung der Verkehrsdirektionen. „Wir brauchen dringend Drohnen zur Verkehrsüberwachung, mehr bewegliche Blitzer und die Möglichkeit zur Abschnittskontrolle, bei der die Geschwindigkeit über eine längere Strecke gemessen wird. Die Konzepte dazu sind längst entwickelt, sie müssen endlich umgesetzt werden“, fordert der Verkehrsexperte der GdP. ■

Mehr Tote als nötig

Im Straßenverkehr getötete und verletzte Menschen in NRW



Quelle: IT NRW und Innenministerium NRW



Trotz der immer sicherer werdenden Autos ist die Zahl der Menschen, die in NRW bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen sind, in den letzten fünf Jahren nur leicht gesunken. Von 522 Verkehrstoten 2015 auf 458 Tote im vergangenen Jahr. Die Zahl der Schwerverletzten ist sogar gestiegen, auf 13.511 Opfer. 700 mehr als zehn Jahre zuvor.

Keine Ausreden! Wählen geht immer!

Bei der Personalratswahl kommt es auf jede Stimme an. Für alle, die an den vier Wahltagen vom 5. bis 8. Mai keine Zeit haben, weil sie gerade nicht in der Dienststelle sind oder frei haben, gibt es die Briefwahl.

Die Briefwahlunterlagen erhalten alle Wahlberechtigten direkt beim Wahlvorstand in der eigenen Behörde. Oder noch bequemer mithilfe der Wahlboten der GdP. Hierzu müssen die Vollmacht ausgefüllt, die Unterlagen vom Wahlboten entgegengenommen, gewählt und anschließend die verschlossenen Wahlbriefe dem Boten zurückgegeben werden.

Jeder Beschäftigte hat zwei Stimmen. Eine Stimme für die Mitglieder des örtlichen Personalrates in den 47 Kreispolizeibehörden, den drei Landesoberbehörden und der Deutschen Hochschule der Polizei. Und eine Stimme für die Mitglieder des Hauptpersonalrats der Polizei (PHPR). Beide Stimmen sind wichtig. ■

QR-Code: Film Briefwahlunterlagen





Die Polizei muss durchlässiger werden: Für neue Experten und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mit der Ernennung von Britta Zur und Alexander Dierselhuis zu Polizeipräsidenten hat die schwarz-gelbe Landesregierung im vergangenen Jahr ihre Politik fortgesetzt, Experten aus Polizei und Justiz mit der Führung von Polizeibehörden zu beauftragen und nicht verdiente Parteimitglieder. Anfang März haben sie bei einem Besuch in der Geschäftsstelle der GdP mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Maatz darüber diskutiert, wie die Polizei besser auf die zunehmende Internetkriminalität reagieren kann, wie sie die Digitalisierung auch als Chance für die Modernisierung der eigenen Arbeit nutzen kann und welchen Handlungsbedarf es bei der Aus- und Fortbildung bei der Polizei gibt.

Michael Maatz, der selber viele Jahre im LAFP für die Einführungsfortbildung für angehende Kripobeamte verantwortlich war, erinnerte in dem Gespräch daran, dass die Ausbildung aller Polizisten in einem gemeinsamen Studiengang maßgeblich zum hohen Leistungsniveau der Polizei in NRW beiträgt. Handlungsbedarf gebe es allerdings bei der Einführungsfortbildung K. Es muss sichergestellt sein, dass alle Kolleginnen und Kollegen, die in die Direktion K wechseln, unverzüglich daran teilnehmen können, fordert der GdP-Vize.

Auch Britta Zur vertritt das Konzept einer gemeinsamen Ausbildung aller Polizistinnen und Polizisten. Alexander Dierselhuis hält ein solides gemeinsames Fundament in der Polizeiausbildung ebenfalls für unverzichtbar, könnte sich aber zum Ende des Studiums auch eine etwas stärkere Spezialisierung vorstellen. Er warf zudem die Frage auf, ob es für Quereinsteiger mit einem Hochschulabschluss oder einer qualifizierten Ausbildung nicht zusätzliche Anreize für eine Tätigkeit bei der Polizei geben müsste. Neben IT-Spezialisten gelte das zum Beispiel für Ökonomen, Ingenieure und Bankkauffleute. Als Sofortmaßnahme sollte für diese Quereinsteiger die Möglichkeit der



Verbeamtung geschaffen werden. Langfristig muss eine Lösung gefunden werden, diese für ihre fachliche Tätigkeit zu Polizeivollzugsbeamten auszubilden, weil sie sonst bei Bekanntwerden von Rechtsverstößen immer einen Polizeibeamten hinzuziehen müssen, um handlungsfähig zu sein.

Handlungsbedarf gibt es aus Sicht der beiden Behördenleiter und der GdP auch bei der Ausweitung der Telearbeit und bei der Kinderbetreuung. Britta Zur sieht in der Telearbeit eine gute Chance, die reine Fami-

lienphase von ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten zu verkürzen und so einen Teil der Personalnot bei der Polizei zu beseitigen. Zudem müsste die Möglichkeit, die eigenen Kinder mit zur Arbeit zu bringen, ausgebaut werden. Vor allem in den Ferien und an Brückentagen.

Das Fazit des fast dreistündigen Gesprächs lautet: Die Polizei muss durchlässiger werden: für neue Experten und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. ■

Britta Zur (39) war Staatsanwältin in Düsseldorf und hat sich vor allem durch die konsequente Ahndung von Übergriffen auf Polizisten einen Namen gemacht, bevor sie im Dezember 2019 von der Landesregierung zur Polizeipräsidentin von Gelsenkirchen berufen worden ist.

Alexander Dierselhuis (36) war Staatsanwalt für Organisierte Kriminalität, dann Geschäftsführer der Regierungskommission „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen“ (sogenannte Bosbach-Kommission), bevor er im August vergangenen Jahres zum Polizeipräsidenten in Oberhausen ernannt wurde.

Beide sind die jüngsten Polizeipräsidenten in Deutschland (s. auch Beitrag von Britta Zur zu Gewalt gegen Polizisten im Bundesteil).

PKS: Jetzt nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen!

Die Kriminalität befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Die Gewalt- und Straßensriminalität sind rückläufig. Die Zahl der Wohnungseinbrüche sei sogar um zehn Prozent gesunken, wie Innenminister Herbert Reul Anfang März bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für 2019 betont hat. Die neue Null-Toleranz-Strategie der schwarz-gelben Landesregierung beginne zu wirken – so lautet seine Botschaft. Und das ist erst einmal eine gute Nachricht. Es gibt aber auch eine andere Sicht auf die Zahlen, denn noch immer werden in NRW jedes Jahr mehr als 1,2 Millionen Straftaten begangen. Nimmt man das Dunkelfeld hinzu, sind es sogar deutlich mehr. Und es gibt Deliktsfelder, in denen die Kriminalität gestiegen ist und weiter steigen wird.

Exemplarisch für diese Entwicklung steht der sexuelle Missbrauch von Kindern. Seitdem die Polizei ihre Ermittlungskapazitäten in Folge des Missbrauchsskandals von Lügde deutlich aufgestockt hat, steigen die Fallzahlen. Um fast 16 Prozent im vergangenen Jahr – auf 2805 Fälle alleine in NRW. Auch diese Zahl ist, so ist zu befürchten, erst die Spitze eines Eisbergs. Denn noch immer fehlt in vielen Behörden, nicht nur bei der Polizei, sondern auch in den Jugendämtern der Kommunen, das notwendige Personal,

um bereits bei einem ersten Anfangsverdacht sofort tätig zu werden. Und noch immer bietet das Internet den Tätern zu viele Schlupflöcher, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. Deshalb war es aus Sicht der GdP richtig, die Ermittlungskapazitäten in diesem Bereich nachhaltig auszubauen und den Ermittlern endlich eine moderne Technik zur Verfügung zu stellen.

Auch in anderen Deliktsfeldern ist in den nächsten Jahren ein Anstieg der Straftaten zu befürchten. Das gilt zum Beispiel für den gesamten Bereich der Internetkriminalität, aber auch für die Wirtschaftskriminalität und den bandenmäßigen Sozialleistungsbetrug.

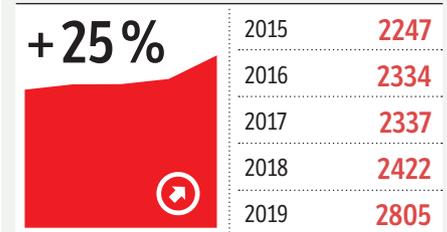
Sorge bereitet der GdP auch die Gefahr rechtsradikaler Mord- und Terroranschläge. Bei rechter Gewalt gibt es inzwischen ein Umdenken der Politik. „Aber die Gefahr, die unserem Staat von gewaltbereiten Rechtsextremisten droht, wird nicht von jetzt auf gleich verschwinden. Deshalb war es überfällig, dass die Polizei ihre Ressourcen zur Verhinderung rechter Gewalt deutlich erhöhen wird“, sagte der stellvertretende GdP-Vorsitzende Michael Maatz mit Blick auf die aktuelle PKS.

Zudem hat die GdP die Politik davor gewarnt, aus dem Rückgang der Straftaten in einzelnen Deliktsfeldern, wie zum Beispiel den Wohnungseinbrüchen, die falschen

Hohe Dunkelziffer zu erwarten

Seitdem die Polizei genauer hinschaut, steigt die Zahl der bekannt gewordenen Fälle von Kindesmissbrauch. Die Zahlen sind trotzdem noch immer nur die Spitze eines Eisbergs.

Fälle von bekannt gewordenem sexuellen Missbrauch von Kindern in NRW



Quelle: Landeskriminalamt NRW



Schlussfolgerungen zu ziehen und das hierfür in den vergangenen Jahren zur Verfügung gestellte zusätzliche Personal wieder abzuziehen. „Dass die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW im vergangenen Jahr um über zehn Prozent auf knapp 27 000 Fälle gesunken ist, ist vor allem dem Engagement der dort eingesetzten Ermittlerinnen und Ermittlern zu verdanken. Und der bereits vor mehreren Jahren gefällten Entscheidung, für die Verfolgung von Wohnungseinbrüchen nicht nur mehr Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung zu stellen, sondern auch neue Fahndungs- und Präventionskonzepte zu entwickeln“, sagte Maatz nach Bekanntwerden der aktuellen PKS gegenüber den Medien. „Deshalb dürfen wir jetzt nicht den Fehler der Vergangenheit wiederholen und bei der Verfolgung von Wohnungseinbrüchen Personal abziehen. Sonst werden die Zahlen genauso schnell wieder steigen, wie sie gesunken sind.“ ■



Nicht nur die Polizei, sondern auch die Staatsanwaltschaft sehen sich durch die zunehmende Nutzung von Internet und Smartphones bei der Begehung von Straftaten einer immer größer werdenden Datenmenge gegenüber, die sie sichten und bewerten müssen. Um der Datenflut besser Herr zu werden, werden die Staatsanwaltschaften in NRW in Zukunft verstärkt auf neue technische Möglichkeiten der Datensichtung und -auswertung zugreifen. Insbesondere bei Großverfahren und bei Verfahren mit vielen Beschuldigten. Das hat Justizminister Peter Biesenbach (CDU) bei einem Gedankenaustausch mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands der GdP Anfang März in Düsseldorf angekündigt. Ähnliche Konzepte gibt es auch bei der Polizei, insbesondere bei der Aufklärung des Kindesmissbrauchs und bei der Abwehr von Terroranschlägen. In dem Gespräch mit dem Justizminister haben die GdP-Vertreter darauf hingewiesen, dass es auch bei der Weitergabe von Dokumenten und Beweisstücken zwischen der Polizei und den Justizbehörden massiven Nachholbedarf gibt. „Vieles muss noch immer händisch übergeben werden, obwohl das längst elektronisch möglich wäre. Das frisst Zeit und Ressourcen, die wir nicht haben“, sagte bei dem Treffen der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz.



Lesmeister sichert den Einsatz von Toi-KWs zu

Immer wieder kommt es bei Großeinsätzen der Bereitschaftspolizei zu massiven Problemen, weil die vor Ort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten über etliche Stunden hinweg keine Möglichkeit haben, eine Toilette aufzusuchen. Vor allem für die Frauen ist das oft ein Riesenproblem. Das soll sich jetzt ändern: Auf Initiative der Frauengruppe der GdP hat die Abteilungsleiterin Polizei, Dr. Daniela Lesmeister, bereits im vergangenen Jahr entschieden, dass bei jedem Großeinsatz ein eigenes Entsorgungskonzept vorgelegt werden muss. Eine eigens dazu eingesetzte Arbeitsgruppe des Innenministeriums sollte die Rahmenbedingungen festlegen. Inzwischen liegen deren Empfehlungen vor: Danach sollen in Zukunft bei Großeinsätzen verstärkt auch Toilettenwagen angemietet werden.

Einem noch weitergehenden Vorschlag der GdP, auch in NRW wieder eigene Toilettenwagen für die Polizei anzuschaffen, ist das Innenministerium dagegen nicht

gefolgt. Zum einen habe die Polizei kein Personal für die Reinigung des Toilettenwagens, betonte Dr. Lesmeister Ende Februar bei einem erneuten Treffen mit den GdP-Frauen. Und zum anderen sei ein zentraler Toi-KW bei Großeinsätzen wie im Hambacher Forst oder in Datteln zu wenig. Trotzdem lobte die Abteilungsleiterin das Engagement der GdP-Frauengruppe ausdrücklich. „Dass es hier Bewegung gegeben hat, können Sie sich mit auf die Fahne schreiben“, sagte sie. ■



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 10.4. Gerhard Kohnert, Hückelhoven
- 14.4. Hugo Hopp, Mülheim
- 17.4. Emil Jantschek, Bonn
- 23.4. Ursula Pulwer, Bochum
- 26.4. Gerhard Fiedler, Düren
- Kurt Krüger, Kleve

91. Geburtstag

- 3.4. Walburga Kottmeyer, Nottuln
- 13.4. Werner Boland, Remscheid
- 23.4. Lore Bobe, Gütersloh
- 27.4. Gertrud Ney, Borgholzhausen

92. Geburtstag

- 6.4. Josef Franck, Niederzier
- 13.4. Rudolf Hackeneis, Lisberg
- Agnes Vonderbank, Heinsberg
- 15.4. Hannelore Bockholt, Rietberg
- 19.4. Heinz Zallmann, Bremen

93. Geburtstag

- 14.4. Rolf Westenburger, Recklinghausen

94. Geburtstag

- 9.4. Irmgard Badura, Haan
- 14.4. Agnes Dewitt, Düren
- 23.4. Charlotte Schindler, Oberhausen
- 28.4. Ingeborg Quabeck, Essen

96. Geburtstag

- 17.4. Hildegard Halfmann, Wermelskirchen

97. Geburtstag

- 10.4. Anneliese Lange, Bielefeld
- 15.4. Hans Becker, Frechen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe ist der 4. März

Urlaubsreif?

Ob Nah- oder Fernweh,
buchen Sie Ihren Traumurlaub
in dem Reisebüro, in dem sich
Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!



GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

penguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im April
erhalten einen
Ikea-Gutschein im
Wert von 35 Euro.

45 16362
Essen/Mülheim
45 3104
Oberbergischer Kreis
45 43319
Warendorf



GdP aktiv

02.04., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 16:00 Uhr, Gaststätte Bürgerhaus, Heerener Straße 197, Kamen

22.04., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 15:00 Uhr, Tischlerstoben/Ziegeleimuseum, Sprickernheide 77, Lage

23.04., Skatturnier der Kreisgruppe Coesfeld, 17:00 Uhr, Kolpinghaus, Große Viehstraße 16, Coesfeld

24.04., GdP-Frauensymposium „Dialog und Austausch“, 10:00 Uhr, Best Western Hotel, Velbert. Infos und Anmeldung: frauen@gdp-nrw.de

28.04., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein, 16:30 Uhr, Gasthof Eichener Hamer, Am Parkplatz 2, Kreuztal

01.05., Mai-Kundgebungen des DGB unter dem Motto „Solidarisch ist man nicht alleine!“

Senioren aktuell

Kreisgruppe Euskirchen
04.06., 7:30 Uhr, Tagesausflug, Reisebus über Bitburg, Echternach nach Luxemburg inkl. Mittagessen, 7:30 Uhr ab Schleiden/8:10 Uhr

ab Euskirchen Kreishaus,
Anmeldungen unter:
Heinz Dederichs Tel. 0 24 47/91 11 40,
Franz-Josef Birnbaum Tel. 0 22 55/68 95,
Markus Hilgers Tel. 0 25 51/79 93 90



2500 Neueinstellungen jedes Jahr, neue Streifenwagen, ein starkes Ergebnis bei den Tarifverhandlungen und zuletzt die Aufhebung des Deckelungsbeschlusses. Die Erfolgsbilanz der GdP in den letzten vier Jahren kann sich sehen lassen. Dass es trotzdem noch einiges zu tun gibt, erklären Kolleginnen und Kollegen aus ganz NRW in einem kurzen Spot, der auf den Social-Media-Kanälen des Landesbezirks abrufbar ist. Einfach den QR-Code mit der Kamera des Smartphones scannen!



Nachrufe

Karl-Heinz Scheibe	28.09.1947	Bergisches Land	Horst Wöhlke	22.06.1931	Hagen
Dietrich Bonacker	05.07.1940	Bochum	Bruno Kohl	17.06.1940	Kleve
Hans Klein	03.11.1935	Bochum	Joachim Kirmse	21.03.1923	Köln
Manfred Matysek	12.04.1941	Bochum	Jürgen Dierkes	01.10.1946	Neuss
Karl-Heinz Wenzlawski	25.01.1935	Bochum	Rüdiger Volkwein	19.11.1954	Neuss
Rudi Klein	13.12.1934	BZ Brühl	Martin Wick	18.02.1955	Oberberg. Kreis
Veronika Fuhrmann	26.03.1962	BZ Carl Severing	Hans-Jürgen Schilling	26.09.1954	Paderborn
Paul Meier	26.12.1926	BZ Erich Klausener	Andreas Stemmer	08.09.1972	Paderborn
Anita Schwamborn	10.09.1937	Coesfeld	Heinz Witt	16.04.1920	Recklinghausen
Elisabeth Jabsen	18.08.1930	Dortmund	Erwin Löhnert	30.03.1936	Rhein. Berg. Kreis
Wilfried Krebs	28.10.1934	Essen/Mülheim	Horst Dietzel	19.06.1935	Siegen-Wittgenstein
Ingeborg Schmidt	01.09.1920	Essen/Mülheim	Klara Müller	05.11.1925	Unna
Herbert Welzig	19.08.1942	Essen/Mülheim	Hannelore Rippin	18.05.1944	Wesel
Heinz Kleinekühlmann	22.08.1939	Gelsenkirchen	Erna Maria Steiner	02.01.1930	Wesel